



Die Bosch-Zahlen 2003 im Lichte der Tarifrunde 2004

Bosch erwirtschaftete im letzten Jahr das beste Ergebnis seiner Geschichte, genauer gesagt die 228 000 Beschäftigten weltweit haben dieses Ergebnis erarbeitet.

Der konsolidierte Umsatz belief sich auf 36,3 Milliarden Euro, gegenüber 35,0 Milliarden Euro im Jahr zuvor. Berücksichtigt man die weitere Verteuerung des Euro gegenüber den meisten anderen Währungen auf der Welt, ergeben sich 10% Umsatzwachstum gegenüber dem Jahr zuvor.

Die Zahl unserer Kolleginnen und Kollegen hat im letzten Jahr nur deswegen zugenommen, weil Buderus mit 9700 Beschäftigten dazugekommen ist, sonst hätte unsere Zahl um etwa 2700 Mitarbeiter abgenommen. Daran lässt sich ermessen, wie hoch auch im Jahr 2003 die Produktivitätssteigerung gewesen ist!

Der Aufwand für Forschung und Entwicklung stieg auf 2,7 Milliarden Euro, was einem Anstieg von 8,4% entspricht. Die Sachinvestitionen bewegten sich auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr und erreichten 2,0 Milliarden Euro.

Der Gewinn vor Steuern von 1,8 Milliarden Euro, was immerhin 1800 Millionen entspricht, bedeutet einen Anstieg um 28%. Rechnet man diese Summe auf jeden einzelnen Beschäftigten um, entfällt auf jeden Boschler die hübsche Summe von rund 8000 Euro. Vergleicht man die Lohnerhöhung, die die IG Metall mit massiver Unterstützung durch Warnstreiks hat erreichen können, mit dem Sprung im Gewinn vor Steuern, so nehmen sich diese Lohnerhöhungen eher bescheiden aus. Vor dem Hintergrund der augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse und der

Fortsetzung auf Seite 2

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

gleich zu Beginn bescherte uns das Jahr 2004 eine Tarifrunde, die es „in sich“ hatte. Bereits im Vorjahr hatte der neue Bosch-F1, H. Fehrenbach, eine neue Aktion für den Standort Deutschland gestartet. Inzwischen liegen erste Erfahrungen vor, wie das Konzept konkret umgesetzt werden soll – und dabei können uns Arbeitnehmer ernste Zweifel kommen. Die Zweifel wurden so stark, dass sich am 5. Februar 5 500 Boschlerinnen und Boschler hauptsächlich aus Baden-Württemberg, unterstützt von Delegationen vieler anderer Firmen, vor dem Werkstor in Leinfelden einfanden, um den dortigen Kolleginnen und Kollegen ihre Solidarität zu zeigen und ihre Unterstützung zuzusichern. Aus Schwieberdingen und Abstatt waren 6 Busse nach Leinfelden gefahren. Auch an den Entwicklungsstandorten wurde uns sehr rasch klar, dass eine Arbeitszeitverlängerung ohne Bezahlung schnell auch auf andere Standorte übergreifen würde. Eine Seuche lässt sich, einmal ausgebrochen, nur schwer wieder eindämmen.

Wir beschäftigen uns daher in dieser Ausgabe mit verschiedenen Aspekten der aktuellen wirtschaftlichen Lage und deren Auswirkungen innerhalb und außerhalb des Unternehmens und rücken andere wichtige, oft vernachlässigte Sichtweisen in den Blickpunkt.

Wie immer können wir Ihnen viele interessante Informationen und nicht alltägliche Gesichtspunkte versprechen, nicht aber die heile „Bosch-Welt“, die finden Sie in vielen anderen Publikationen.

Delegiertenwahlen der IG Metall bei Bosch in Schwieberdingen erfolgreich abgeschlossen!

Am Freitag, den 26.3.2004 stand das Ergebnis fest.

Folgende vier Kollegen wurden in die aus 200 Mitgliedern bestehende Delegiertenversammlung der IG Metall Stuttgart gewählt:



Peter Schimke
BER-Si
Tel.: 8669



Armin Knust
BER-Si
Tel.: 1400



Bernhard van Dyken
BER-Si
Tel.: 8408



Georg Köpff
BER-Si
Tel.: 4365

Zusammen mit den 196 anderen Delegierten aus Stuttgarter Metallbetrieben werden sie die Politik der IG Metall in den kommenden vier Jahren mitbestimmen und mitgestalten.

Die von den Mitgliedern gewählte Delegiertenversammlung ist das Parlament der Verwaltungsstelle. Sie tagt vierteljährlich und trifft Entscheidungen (zum

Beispiel Aktionen im Betrieb), die vom Ortsvorstand organisiert werden. Die Mitglieder einer Delegiertenversammlung wählen den Ortsvorstand, die Mitglieder der Tarifkommission, die Delegierten für den Gewerkschaftstag und für die Bezirkskonferenz.

Wir wünschen allen Gewählten viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Wer die Wahl hat ...

...bei dem bleibt es spannend

Für Abstatt hat die Zeit der Wahlen angefangen. Die Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) fand am 18. März statt. Mittlerweile hat sich die dreiköpfige JAV in Abstatt konstituiert. Mitglieder der JAV sind Daniel Ehmer, Mathias Mertens und Camille Marbach sowie Daniel Bruckner als Nachrücker.

Auch die Betriebsratswahl wirft ihre Schatten voraus. Als Wahltag ist der Donnerstag, der 13. Mai 2004 vorgesehen. In Abstatt wird ein fünfzehnköpfiger Betriebsrat gewählt werden. Das formale Wahlverfahren gemäß Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) ist mit

der Bestellung des Wahlvorstandes durch den BER-Si eingeleitet. Im Vorfeld werden gerade die Wählerlisten mit den Firmenstellen abgestimmt und viele organisatorische Fragen, wie z.B. die automatische Stimmentzählung, geklärt. Gleichzeitig ist die Kandidatensuche in vollem Gange. Bei der geplanten Persönlichkeitswahl wird der Wähler bis zu 15 Stimmen auf die vorgeschlagenen Kandidaten verteilen dürfen, pro Kandidat allerdings maximal eine Stimme. Mit der Konstituierung des Betriebsrates in Abstatt (BER-Abt), spätestens eine Woche nach der Wahl, wird dann formal das Übergangsmandat des BER-Si für Abstatt enden.



I Stuttgart

Europäischer Aktionstag: Am 3. April auf zur Kundgebung!

Wir stehen auf für sozial gerechte Reformen!

Niemand bestreitet, dass der Sozialstaat vor großen Herausforderungen steht. Wir brauchen eine grundlegende Reform unserer sozialen Sicherungssysteme, wenn wir den Sozialstaat für künftige Generationen sichern wollen. Das setzt aber voraus: Die Reformen müssen nachvollziehbar, gerecht und für alle tragbar sein. Mit der Agenda 2010 wollen Regierung und Opposition diese Reformen angehen. Für die Betroffenen wird dabei von Tag zu Tag deutlicher: Diese Reformansätze sind weder gerecht noch sozial ausgewogen. Den Menschen

wird immer mehr weggenommen, ohne dass im Gegenzug dafür verlässliche Lebensperspektiven zugesichert werden. Viele junge Leute haben kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt, weil Ausbildungsstellen fehlen. Die IG Metall steht für soziale Gerechtigkeit und Solidarität. Deshalb ruft sie dazu auf, am 3. April an der Demonstration in Stuttgart teilzunehmen. Wir demonstrieren gemeinsam mit den Gewerkschaften in ganz Europa für sozial gerechte Reformen! Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

Gesundheitsreform:

Praxisgebühren, höhere Zahlungen bei Medikamenten, Zahnersatz und Krankengeld nur noch auf Kosten der Beschäftigten.

So haben wir uns den Sozialstaat nicht vorgestellt. Wir brauchen eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen.

Die IG Metall fordert:

- Alle, auch Selbstständige und Beamte gehören in die gesetzliche Krankenversicherung
- Eine bessere Gesundheitsvorsorge
- Sparen bei überflüssigen Therapien und Medikamenten

Rente:

Weniger Rente, höhere Besteuerung, mehr Abzüge bei Betriebsrenten und Direktversicherungen, und dann noch bis 67 arbeiten?

So nicht. Wir brauchen eine solidarisch finanzierte Rentenversicherung, die Armut verhindert.

Die IG Metall fordert:

- Die Einbeziehung von Selbstständigen, Freiberuflern und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung
- Keine Rentenkürzungen
- Nicht erst Rente ab 67
- Mehr Anreize für betriebliche Altersversorgung

Ausbildung:

In Baden-Württemberg gibt es zehntausende Jugendliche ohne Lehrstelle. Wirtschaftsminister Döring veröffentlicht geschönte Zahlen, statt zu handeln.

IG Metall und Südwestmetall handeln schon: Sie fördern benachteiligte Jugendliche. Aber Bildung ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft.

Die IG Metall fordert:

- Recht auf Ausbildung für alle
- Förderung statt Ausgrenzung benachteiligter Jugendlicher
- Stärkung der dualen Ausbildung (Berufsschule/Betrieb)

Arbeitslose, Steuerreform:

Arbeitslose: Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wurde verkürzt (grundsätzlich 12 Monate, für über 55-jährige 18 Monate). Ab 2005 ist beim Bezug von Arbeitslosengeld II jede Arbeit zumutbar und Ersparnisse, zum Beispiel für's Alter zurückgelegtes Geld, werden verrechnet.

Das bedeutet: Wer unverschuldet arbeitslos wird, kann in die Sozialhilfe abstürzen. Das ist zutiefst ungerecht!

Steuerreform: Belastungen für Beschäftigte, zum Beispiel Kürzung Pendlerpauschale, Eigenheimzulage und Pauschbetrag Werbungskosten.

Die IG Metall fordert:

- Eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit
- Neue Gestaltung von Vermögens- und Erbschaftsteuer
- Grundsatz: Einen armen Staat können sich nur Reiche leisten!

Treffpunkt für MetallerInnen

Ab 10.00 Uhr Marienplatz/Tübinger Straße

Zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel am 3. April 2004 werden Buttons rechtzeitig in den Betrieben verteilt.

Schluss mit dem Sozialabbau - für soziale Gerechtigkeit

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Samstag, 3. April 2004 ist zum Europäischen Protesttag „Gegen Sozialabbau – für soziale Gerechtigkeit“ Europa weit ausgerufen.

An diesem Tag demonstrieren in zahlreichen Städten in Europa die Menschen

- gegen die unsoziale Gesundheitsreform, gegen Eintrittsgebühren beim Arzt, gegen Zahlungen bei Rezepten und Krankenhausaufenthalten, gegen die Belastungen von Beschäftigten, Patienten/innen und Versicherten
- gegen die Verschlechterung bei den Renten und Betriebsrenten
- gegen materielle und soziale Verarmung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger/innen
- dagegen, dass die in Jahrzehnten aufgebauten und erkämpften Sozialsysteme und Sozialleistungen ausgehöhlt und beseitigt werden
- gegen die Angriffe auf unsere Löhne und Gehälter und auf die Tarifverträge
- gegen den Ausverkauf und Verschlechterungen von öffentlichen Dienstleistungen wie Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Kindergärten, öffentlicher Personennahverkehr

Sie demonstrieren

- für Einkommen, die zum Leben reichen
- für eine auskömmliche Rente
- für den Ausbau der Bildungseinrichtungen und qualifizierte Ausbildungsplätze für unsere Jugend
- für soziale Gerechtigkeit
- für ein solidarisches Gesundheitssystem
- für eine gerechte Besteuerung von Gewinnen, Vermögen und großen Erbschaften
- für eine Gemeindefinanzreform, welche die Städte und Gemeinden wieder handlungsfähig macht

- für die Schaffung tariflich bezahlter und sozial regulierter Arbeitsplätze

Wir Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler sind nicht bereit, uns gegen unsere Kollegen/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen. Deshalb gehen wir am 3. April in Stuttgart, Berlin, Köln und in ganz Europa auf die Straße und fordern Sie dazu auf, sich uns anzuschließen!

Hier der Ablauf der Demonstration am 3. April 2004 in Stuttgart

Demonstrationsauftakt:

10 Uhr Marienplatz

Kundgebung:

12 Uhr Schlossplatz

Redner:

Frank Bsirske, ver.di-Bundesvorsitzender;
Rainer Bliesener, DGB-Landesvorsitzender;
Giorgio Caprioli, FIM-CISL, Italien und
weitere von Attac, Jugend, Kirchen

Großes Kulturprogramm

unter anderem mit
„Blue Babies“, „Fools Garden“,
„Rodgau Monotones“, „Chain of Fools“

**Kommen Sie bitte alle !
Damit es endlich besser wird !**

(Abdruck eines Artikels von Mario Müller aus der Frankfurter Rundschau vom 13.01.2004)

Die Phrase von der Nullrunde

Mehr als die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung macht der private Konsum aus. Dennoch wird von den Arbeitnehmern weiterer Verzicht gefordert – obwohl die Kaufkraft dann weiter sinken würde ...

Als einer der ersten Drescher im neuen Jahr meldet sich Ludwig Georg Braun, Chef des hessischen Pharma-Unternehmens Braun Melsungen und nebenbei Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), einer mächtigen Wirtschaftslobby. „Eine Nullrunde für drei Jahre wäre der richtige Weg“, meint der Manager und hat dabei selbstredend nicht die Preispolitik der Firmen, sondern die Löhne der Beschäftigten vor Augen. Eine Nullrunde, behauptet er, würde „den Rationalisierungsdruck abschwächen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhöhen und die Beschäftigung fördern“.

Derartige Sätze wird die Öffentlichkeit in den langen Monaten bis zum 31. Dezember noch häufig zu hören bekommen. Die ständige Wiederholung macht die Aussage allerdings nicht wahrer. Denn Verzicht löst nicht die ökonomischen Probleme, die die Bundesrepublik plagen, er ist vielmehr Teil ihrer Ursache. Würde die Forderung nach einer Nullrunde in die Tat umgesetzt, müsste mit dem genauen Gegenteil dessen gerechnet werden, was ihre Vertreter dem Publikum versprechen: der Rationalisierungsdruck nähme zu,

die Wettbewerbsfähigkeit schwände, die Beschäftigung schrumpfte.

Den Gürtel enger schnallen...

Dennoch dürften die Apostel der Askese auf Zustimmung stoßen. Schließlich ist es ihnen in jahrelanger Missionsarbeit und mit reger Unterstützung der Bundesregierung gelungen, die Bevölkerung glauben zu machen, dass sie in wirtschaftlich schlechten Zeiten den Gürtel enger schnallen müsse. Die Predigt trifft auch deshalb auf offene Ohren, weil sie so einleuchtend erscheint: Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt, basta.

Dieses Prinzip hat nur einen Haken. Es gilt höchstens für das einzelne Wirtschaftssubjekt, also etwa einen Privathaushalt oder ein Unternehmen. Die müssen mit dem zurechtkommen, was in die Kasse fließt und als Kredit zur Verfügung steht. Zumindest insofern wären die Motive Brauns nachvollziehbar. Der Verzicht seiner Beschäftigten auf Lohn- und Gehaltssteigerungen würde den Pharma-Konzern finanziell entlasten und ihm eine günstigere Position im Konkurrenzkampf verschaffen.

Fortsetzung auf Seite 7



Im zweiten Halbjahr 2003 hat sich nach Beobachtung des Wirtschaftsforschungsinstitutes RWI die Konjunktur in Deutschland deutlich belebt. Als Auslöser wird die steigende Auslandsnachfrage genannt.

In seiner aktuellen Prognose (Februar 2004) geht das RWI von einem realen Wirtschaftswachstum um 1,8 Prozent in diesem und von 2,0 Prozent im kommenden Jahr aus.

Quelle: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)

1. Mai 2004 in Stuttgart

10.00 Uhr Demonstrationzug

vom Arbeitsamt zum Karlsplatz
Treffpunkt: Heinrich-Baumann-Strasse
musikalische Begleitung: „BANDA MARACATU“

11.00 Uhr Maikundgebung Karlsplatz Stuttgart

Es sprechen: **Wolfgang Brach**, Vorsitzender der DGB Region Stuttgart

Udo Lutz, Robert Bosch GmbH Stuttgart-Feuerbach, IG Metall Stuttgart

Dr. Thomas Böhm, Vorsitzender ver.di Bezirk Stuttgart, Gesamtpersonalratsvorsitzender Städt. Kliniken Stuttgart

Mario Gattari, Inas Cisl

12.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Familienfest Karlsplatz Stuttgart

- Informationsstände der Gewerkschaften u. befreundeter Organisationen
- Kinderprogramm
- Bewirtung
- Internationale Folklore
- musikalische Umrahmung: **Chain of fools**

Fortsetzung von Seite 6

Doch was für Braun Melsungen gut ist, muss noch lange nicht für alle DIHK-Mitglieder gut sein, geschweige denn für die ganze Republik. In der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung ergibt sich jedenfalls ein völlig anderes Bild. Dort ist alles mit jedem verweben, so dass der „Verzicht des einen zwingend das Geschäft eines anderen verdirbt“, wie der Ökonom Heiner Flassbeck bemerkt. Das muss nicht gleich in einer „Abwärtsspirale“ münden, aber mit Nullrunden bei den Einkommen ist kein Staat zu machen, wie die Erfahrungen der jüngeren bundesrepublikanischen Vergangenheit zeigen. Denn Löhne sind zwar einerseits Kosten, bedeuten andererseits aber auch Kaufkraft. Das wusste bereits Henry Ford, der seinen Arbeitern überdurchschnittliche Löhne zahlte, weil sie

die Autos auch kaufen sollten, die sie an seinen Fließbändern fabrizierten.

Leider ist diese Erkenntnis abhanden gekommen. Die Folgen sind seit gut drei Jahren zu spüren. Die Wirtschaft wächst vor allem auch deshalb kaum noch, weil es an Konsum mangelt. Die entsprechenden Ausgaben der privaten Haushalte sind nur noch minimal gestiegen und in einigen Quartalen sogar geschrumpft. Kein Wunder bei der hohen Arbeitslosigkeit, den niedrigen Lohnabschüssen und steigenden Abgaben an den Staat. Diese Entwicklung ist deshalb fatal, weil der private Konsum rund 56 Prozent der gesamten hiesigen Wirtschaftsleistung ausmacht. Und sie führt dazu, dass die Firmen wegen des stockenden Absatzes ihrer Waren und Dienstleistungen im Inland auch auf Investitionen in neue Maschinen und Anlagen verzichten, mit denen wiederum zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Bosch lässt nicht locker!

Wir müssen weiter dagegen halten!

Die Auseinandersetzung um die Arbeitsplätze bei Bosch-Elektrowerkzeuge (EW) in Leinfelden-Echterdingen verschärft sich zusehends. Am 9. März haben 500 Kolleginnen und Kollegen erneut vor dem Werkstor gegen die Sparpläne der EW-Geschäftsleitung protestiert.

Die Belegschaft fühlt sich von der Geschäftsleitung hintergangen und protestierte mit dieser kurzfristigen Aktion gegen drohenden Arbeitsplatzabbau und Einkommensverluste. Im Anschluss an die Aktion hat die Spätschicht Feierabend gemacht.

Kurz vor der Protestaktion hatte die EW-Geschäftsleitung unsere Kolleginnen und Kollegen auf einer Informationsveranstaltung über ihre „Sparpläne“ informiert. „Was Bosch vorhat, ist Politik nach Gutsherrenart“, kommentierte IG Metall-Sekretär Andreas Nolte unter großem Beifall. Auch der Leinfeldener Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Mann sagte vor der komplett am Werkstor versammelten Spätschicht: „Was da auf dem Tisch liegt, ist für uns unannehmbar.“

Der Horrorkatalog von Bosch Leinfelden sieht vor:

- Abbau von mindestens 115 Arbeitsplätzen**
- Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich**
- Verzicht der Beschäftigten auf die Tarifierhöhungen in den kommenden drei Jahren**
- Umstellung auf Zeitlohn, damit die Akkordzulage**

von gut 36 Prozent nur eine freiwillige Zulage ist, die zudem tariflich verrechnet werden kann

- Kürzung der Arbeits- und Erfolgsprämie**
- Samstag als Regelarbeitstag**

- Nachtschichtler sollen 0,5 Stunden Zeitguthaben pro Tag verlieren**

- die täglichen Kurzpausen von insgesamt 15 Minuten pro Tag sollen bei den Akkordlöhnern gestrichen werden**

- das Lunchpaket für Nachtschichtler soll wegfallen**
- die Hitzepause von täglich 10 Minuten an extrem heißen Sommertagen soll es in Zukunft auch nicht mehr geben.**

„Fast alles, was wir uns erkämpft haben, will das Unternehmen wieder kassieren“, klagt Wolfgang Mann.

Die IG Metall besteht dagegen auf einen langfristig angelegten Standortentwicklungskonzept. So fordert IG Metall-Sekretär Nolte, statt Stellen zu streichen, müsse in den EW-Standort und in die Infrastruktur in Leinfelden investiert werden.

Der Lösungsansatz von Bosch ist aber nicht, die Beschäftigung am Standort zu sichern, sondern den Beschäftigten ans Geld zu gehen. „Das ist einem Unternehmen wie Bosch absolut unwürdig und eine Erpressung der Bosch-Mitarbeiter“, schimpft Nolte.

Für Wolfgang Mann hat das Unternehmen mit der Präsentation seiner Sparpläne schlichtweg sein wahres Gesicht gezeigt.

Jetzt Mitglied werden!

Beitrittserklärung und Einzugsermächtigung

(Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)

Name, Vorname: _____

Geb.-Datum: _____

Straße: _____

Betrieb: _____

PLZ: _____

Ort: _____

Mitgliedsbeitrag €: _____ (1 % des monatl. Bruttoeinkommens) ab Monat:

Ich bin vollzeitbeschäftigt teilzeitbeschäftigt Auszubildende/r

gewerbl. Arbeitnehmer/in

Angestellte/r kaufm. techn. Meister

Bankverbindung: _____

BLZ: _____ Kto.-Nr.: _____

Name des Kreditinstituts: _____

Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach Paragraph 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von einem Prozent des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit einzuziehen. Ich bin damit einverstanden, dass die IG Metall personenbezogene Daten über mich mit Hilfe von Computern speichert und zur Erfüllung der Aufgaben der IG Metall verarbeitet

Datum: _____ Unterschrift: _____